Anfragen zum Plenum in der 13. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen weiteren Programmen – ergänzend zum Projekt „Barcoding Fauna Bavarica“ – untersucht die Staatsregierung die Entwicklung der Insektenbiodiversität in Bayern, welche dauerhaften und/oder systematischen (Monitoring-)Programme zur Überwachung der Biomasseentwicklung der Insekten in verschiedenen Lebensräumen sind geplant und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung konkret, um einem vermuteten Rückgang der Insektenfauna in Bayern entgegenzuwirken?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nach dem mahnenden Appell der Labertalbürgermeister (Herbert Lichtinger – Geiselhöring, Johann Grau – Laberweinting und Karl Wellenhofer – Mallersdorf-Pfaffenberg) vom Januar 2017 zur Verstärkung der Personalstärke in der Polizeistation Mallersdorf frage ich die Staatsregierung, ob die derzeitige Personalstärke der Polizeistation grundsätzlich erhöht wird, ob die derzeitige Personalstärke zumindest an die derzeitige Sollstärke angepasst wird und ob eine Erhöhung der Sollstärke geplant ist?

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem die Kampagne „Unsere Bayerischen Bauern“ sehr erfolgreich ist und erfreulicherweise durch viele Selbsthilfeorganisationen unterstützt wird, frage ich die Staatsregierung, wird diese Kampagne ebenfalls durch öffentliche Mittel unterstützt, bedarf es einer öffentlichen Unterstützung und welche Mittel (gesamt und prozentual, gemessen an den Gesamtbeiträgen) werden durch den Bayerischen Milchförderungsfonds bestritten?

Inge Aures
(SPD)

Da ab dem 1. März 2017 insgesamt 58 neue Polizeibeamtinnen und -beamte in Oberfranken ihren Dienst verrichten, frage ich die Staatsregierung, auf welche Polizeiinspektionen die 58 neuen Polizeibeamtinnen und -beamten aufgeteilt wurden (bitte Aufschlüsselung nach den einzelnen Polizeiinspektionen)?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Zwischenergebnisse zum Stand der Ermittlungen hinsichtlich des Verdachtes auf Abrechnungsbetrug im Max-Planck-Institut für Psychiatrie sind bekannt und liegen Erkenntnisse darüber vor, ob weitere Psychiatrieeinrichtungen in Bayern ebenfalls betroffen sind, wenn ja, welche?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele staatliche Fördermittel (bitte die dazugehörigen Gesamtinvestitionen mit angeben) flossen in den vergangenen zehn Jahren in die einzelnen Abteilungen des Bezirksklinikums Obermain in Kutzenberg (aufgeschlüsselt nach einzelnen Abteilungen, nach Fördermaßnahmen und nach Jahren), in welcher Höhe belaufen sich nach dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 13. März 2017 - Auslagerung der Abteilungen an Dritte zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung auf der Grundlage des Bayerischen Krankenhausgesetzes - die Rückforderungen von staatlichen Zuschussmitteln und auf welcher rechtlichen Grundlage kann der Verwaltungsrat der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken völlig im Alleingang entscheiden, an welche „fremden“ Dritten die Abteilungen bzw. Betten vergeben werden (Juraklinik Scheßlitz und Sozialstiftung Bamberg)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen nicht staatlichen und privaten Auftraggebern der Lehrstuhl für Waldbau der Technischen Universität München (am Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt) seit 2014 Forschungsaufträge erhalten hat, von welchen einzelnen Mittelgebern der o.g. Lehrstuhl seit 2014 Drittmittel erhalten hat und in welchen Beziehungen (Forschungsaufträge, Drittmittel, sonstige Zusammenarbeit) der o.g. Lehrstuhl seit 2014 mit der Bayerische Staatsforsten AöR (= Anstalt des öffentlichen Rechts) gestanden ist?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, wie wird die Zumutbarkeit in diesem Zusammenhang definiert und von welchen Kommunen in den Landkreisen Würzburg, Schweinfurt, Kitzingen, Rhön-Grabfeld, Haßberge und Bad Kissingen ist die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des

Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Starnberg, Miesbach und Rosenheim die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufgaben hat ein Kreisbrandrat in Bayern, ist bei der Neufassung des Feuerwehrgesetzes (bisher Art. 20) aufgrund der großen Fülle der Tätigkeiten geplant, dass der Kreisbrandrat hauptamtlich arbeitet und wenn nein, aus welchem Grund soll er weiterhin ehrenamtlich tätig sein, obwohl seine Wochenstunden sehr hoch sind?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrerstunden können derzeit aufgrund von fehlendem Lehrpersonal an Grund- und Mittelschulen in Unterfranken nicht gehalten werden, wie viele dieser Stunden entfallen davon auf Ausfälle durch Schwangerschaft und wie wird der Stundenausfall kompensiert?

Markus Ganserer
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigebblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Nürnberg, Erlangen-Höchstadt, Fürth, Roth sowie wo innerhalb der kreisfreien Stadt Schwabach die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, bei der letzten Pressekonferenz zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2016 bezüglich der Personalsituation der Bayerischen Polizei gesagt hat, dass etwa 1.500 neue Stellen geschaffen würden, wovon 1.000 Stellen für den Ersatz von Pensionierungen vorgesehen seien, frage ich die Staatsregierung, ob mit den „Pensionierungen“ nur die regulär aus Altersgründen ausscheidenden Beamtinnen und Beamten gemeint sind oder ob diese „Pensionierungen“ auch die vorzeitig ausscheidenden Beamtinnen und Beamten (20 Jahre Schichtdienst, Krankheit u.ä.) umfassen?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Maßnahmen aus dem von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, im Oktober 2016 angekündigten „Digitalpakt“ in Höhe von 5 Mrd. Euro bewertet, die den Ländern ab 2018 zum Vorantreiben des digitalen Wandels in der Bildung zur Verfügung stehen sollten, jetzt aber nicht im aktuellen Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt zu finden sind, obwohl die Schulen bereits damit gerechnet haben, wie sie nun ohne diese Mittel den digita-

len Wandel in der Bildung verstärkt nach vorne bringt und wie viel Mittel den Schulen aktuell vom Freistaat Bayern für digitale Bildung zur Verfügung stehen (bitte differenziert nach Schulart und Schuljahr)?

Ulrike Gote
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigebblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Bamberg, Bayreuth, Coburg, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels und Wunsiedel im Fichtelgebirge die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Kirchenasyl in Bayern seit fünf Jahren sind der Staatsregierung bekannt, wie waren im gleichen Zeitraum die Flüchtlingszahlen in Bayern (aufgeschlüsselt nach Jahren) und welche Entwicklung der Gewährung von Kirchenasyl proportional zu den Flüchtlingszahlen leitet die Staatsregierung hieraus ab?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nach Medienberichten über eine Verdoppelung des Förderfonds des Bundes für Kommunalinvestitionen von 3,5 Mrd. Euro (bayerischer Anteil daran 289,24 Mio. Euro) auf 7 Mrd. Euro, womit nunmehr auch marode Schulen saniert werden können, frage ich die Staatsregierung, wie hoch wird der bayerische Anteil an den zusätzlichen Mitteln sein, wann wird der Ministerrat über die Verteilung beschließen und wie soll das Verfahren zur Mittelvergabe (Inkrafttreten der Förderrichtlinien, Bewerbungsverfahren, Bewerbungsfrist, maximale Zuschusshöhe, Mindesthöhe der förderfähigen Ausgaben, förderfähige Maßnahmen, Antragsberechtigung usw.) aussehen?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigebblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Fürstfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau die

nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Biberschäden wurden in den Jahren seit 2009 von Land- und Forstwirten in den Landkreisen Oberallgäu, Unterallgäu, Ostallgäu und Lindau (bitte immer getrennt nach Jahren, Landkreisen und Schadensbereich) gemeldet, mit welcher Schadenshöhe wurden seit 2009 in diesen Landkreisen Biberschäden geltend gemacht (bitte getrennt nach Jahren, Landkreisen und Schadensbereichen) und in welcher Höhe wurden in diesem Zeitraum in diesen Landkreisen die Schäden ausgeglichen (bitte getrennt nach Jahren, Landkreisen und Schadensbereichen)?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Tatbestände sind Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Bayern, die gegen Pfarrerinnen und Pfarrer, Ordensleute, Pastoral- und Gemeindereferentinnen bzw. -referenten wegen der Gewährung von Kirchenasyl aktuell durchgeführt werden, findet die Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Kirchen vom Februar 2015, die das Kirchenasyl als Ultima Ratio anerkennt, Berücksichtigung in den Ermittlungsverfahren und falls nein, warum nicht?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang werden schätzungsweise Einkommensteuererklärungen über das ELSTER-Verfahren und Anträge der allgemeinen inneren Verwaltung per E-Government eingereicht und was hat die Staatsregierung ggf. vor, die Quote für elektronische Verfahren weiter zu erhöhen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage wurde bei einem der für die Sammelabschiebung nach Afghanistan am 27. März 2017 vorgesehenen Männer, für welchen eine Aufhebung des Haftbeschlusses seitens des Amtsgerichts Augsburg erteilt war (weil eine angebliche Fluchtgefahr nicht gegeben war), ein erneuter Haftbeschluss vorgelegt (ausgestellt vom Amtsgericht Memmingen), woraufhin ihn die Polizei wieder in die Abschiebehaftanstalt Mühldorf am Inn brachte, warum wurde ein afghanischer Asylsuchender, der in der Abschiebehaftanstalt Mühldorf am Inn inhaftiert war und in der Nacht auf Freitag einen Suizidversuch beging, nach seinem Aufenthalt in der Klinik in Wasserburg am Inn wieder in die Abschiebehaft Mühldorf am Inn gebracht und weiterhin an der Abschiebung festgehalten, hat die Staatsregierung Stellen und Behörden angewiesen, dass Abschiebehaft forciert (und somit in Zweifelsfällen für Abschiebehaft entschieden) werden soll?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung ob es zutreffend ist, dass wiederholt keine Streifenwagen der Polizeiinspektion (PI)Tirschenreuth für Einsätze in der Marktgemeinde Mähring in Abend- und Nachtstunden zur Verfügung standen, da diese, wie in einem Leserbrief in „Der Neue Tag“ am 22. März 2017 (Ausgabe Stifftland, Seite 31) geschildert wurde, u.a. manchmal einen Schwerlasttransporter im Raum Weiden begleiten mussten, wie sich die Personalsituati-

on in den PI Waldsassen, Tirschenreuth, Neustadt a. d. Waldnaab und Vohenstrauß im Vergleich von Soll,- Ist- und verfügbare Stärke darstellt und wie viele der 54 fertig ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten, die dem Polizeipräsidium Oberpfalz zugewiesen worden sind, an die genannten PI kommen?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung seit dem Jahre 2005 an verschiedenen Stellen am Ammersee ein Bootshaus für ein größeres Polizeiboot zu errichten versucht, frage ich sie, wie der aktuelle Sachstand für das von der Staatsregierung favorisierte Bootshaus am Dampfersteg in Holzhausen, Gemeinde Utting am Ammersee ist, wird noch nach alternativen Standorten für das Bootshaus gesucht und sieht die Staatsregierung Möglichkeiten, die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger aus Utting mit den Interessen des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr in Einklang zu bringen?

Ulrich Leiner
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankengesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Lindau (Bodensee), Oberallgäu und Kleinwalsertal (Vorarlberg) sowie in den Landkreisen Günzburg, Neu-Ulm, Ostallgäu und in den Landkreisen Aichach-Friedberg, Augsburg, Dillingen an der Donau und Donau-Ries die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die Unterbringungsquote von den Studierenden in Studentenwohnungen in Bayern im Sommersemester 2016 und im Wintersemester 2016/2017?

Dr. Christian Magerl
(GRU)

Nachdem einerseits in vielen bayerischen Dörfern landwirtschaftliche Anwesen aufgegeben werden und somit große und nutzbare Gebäudevolumen leer stehen, andererseits allorts mit großem Erschließungsaufwand Gewerbegebiete ausgewiesen und somit Acker- und Grünland versiegelt werden, frage die Staatsregierung, wie die Ertüchtigung und Umnutzung von leerstehenden oder von Leerstand bedrohten landwirtschaftlichen Gebäuden grundsätzlich bzw. wenn es sich um ortsbildprägende Gebäude in Gemeinden, die nicht in das Bayerische Dorfentwicklungsprogramm aufgenommen worden sind, handelt, finanziell unterstützt werden und wo sich Einzelpersonen um diesbezügliche Fördergelder bewerben können?

Peter Meyer

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Pfarrerrinnen und Pfarrer noch

(FREIE WÄHLER)

nachträglich eingeleitet wurden bzw. werden, auch wenn das betreffende Kirchenasyl schon vor Einleitung der Ermittlungen beendet war, wie viele derartige Verfahren sind das und ist auch zukünftig noch mit nachträglicher Strafverfolgung zu rechnen?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Amberg-Sulzbach, Cham, Neumarkt in der Oberpfalz, Neustadt an der Waldnaab, Regensburg, Schwandorf und Tirschenreuth die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personalstellen wurden bei den einzelnen Regionalstellen des Zentrums Bayern Familie und Soziales seit 2005 bis heute abgebaut, wie viele Stellen sollen noch reduziert werden und wie soll das Zentrum Bayern Familie und Soziales in den Regionen die neuen, zusätzlichen Aufgaben, wie zum Beispiel das „Elterngeld Plus“, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfüllen können?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem für den Bereich Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen im Haushalt 2017 insgesamt 15,02 Mio. Euro bereitgestellt sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Mittel schon fest für Projekte gebunden sind, welche Projekte damit finanziert werden und was mit den Geldern geplant ist, die noch zur freien Verfügung stehen?

Thomas Mütze
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Miltenberg, Aschaffenburg und Main-Spessart sowie der Stadt Aschaffenburg die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Verena Osgyan

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher Erkenntnisse fanden die jüngsten Durchsuchungen in Bayern (28 Häuser in Bayern

- (GRU) inklusive Roth und Schwabach laut Artikel „Nürnberger Nachrichten“ vom 22. März 2017) statt, welche Dokumente und Waffen wurden beschlagnahmt (bitte detailliert auflisten) und welche Verbindungen bestehen zwischen diesen durchsuchten Personen der „Reichsbürgerbewegung“ und anderen Akteuren der rechts-extremen Szene in Bayern?
- Kathi Petersen**
(SPD) Vor dem Hintergrund der beschlossenen Schließung des Schaeffler-Werks in Elfershausen (Lkr. Bad Kissingen) frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen sie unternimmt, um den Landkreis Bad Kissingen nach dem Wegfall dieser Arbeitsplätze zu unterstützen („Sofern es zu einer Schließung des Werks kommen sollte, wird das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie die Region bei der Stärkung ihrer Kompetenzen unterstützen“ , Zitat aus Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum „Geplante Rationalisierungen bei Schaeffler“ vom 24. November 2016 unter der Drs. 17/14451), wie sie zur Schaffung dauerhafter neuer Arbeitsplätze in der Industriesparte für die betroffene Region beitragen wird und welche Möglichkeiten sie zur Einwirkung auf die Schaeffler-Konzernleitung bezüglich einer für Elfershausen vorteilhaften Nachnutzung des Firmengeländes sieht?
- Hans-Ulrich Pfaffmann**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, für wie viele Wohnungen in Bayern wurden 2016 Baugenehmigungen erteilt, für wie viele Wohnungen wurden Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschlossen und wie viele Wohnungen wurden fertiggestellt?
- Dr. Christoph Rabenstein**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren bzgl. des Verdachts der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt (im Rahmen von Kirchenasyl) wurden in den letzten fünf Jahren und ausdrücklich seit Februar 2015 in Bayern eingeleitet (aufgeschlüsselt nach Jahren), mit welcher Abschlussverfügung wurden diese ggf. beendet und wie ist die Entwicklung der diesbezüglichen Zahlen im Vergleich zu den jeweils gewährten Kirchenasylen in Bayern?
- Markus Rinderspacher**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Kooperationen bestehen zwischen Bayern und Baden-Württemberg bei der Förderung von Elektromobilität, wie hat sich die Anzahl der Ladepunkte und wie hat sich die Zahl der Zulassungen von Elektro- und Hybrid-Pkws in den vergangenen zehn Jahren in den beiden Bundesländern entwickelt (bitte nach Bundesland und Jahren aufschlüsseln)?
- Georg Rosenthal**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie groß ist die Anzahl klassischer Holzrechtler (bestätigt in der Vereinbarung von 1978) im Planungsgebiet für die Errichtung eines Nationalparks im Hochspessart und wie beurteilt die Staatsregierung die Möglichkeit einer freiwilligen Ablösung der Holzrechte in juristischer Hinsicht bzw. im Falle des Scheiterns der freiwilligen Vereinbarung eine Zwangsablösung der Rechte?
- Harry Scheuenstuhl**
(SPD) Bezugnehmend auf die Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr auf meine Anfrage zum Plenum an-

lässlich des Plenums am 29. Juni 2016 (Drs. 17/12258), dass das Landratsamt Regensburg angewiesen wurde, das Verbot der Stadt Neutraubling, im städtischen Hallenbad einen Ganzkörperschwimm- bzw. -badeanzug zu tragen (sog. Burkini-Verbot), rechtsaufsichtlich weiter zu prüfen, frage ich die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis ist die rechtsaufsichtliche Prüfung gelangt, hat sich unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Anforderungen des Art. 4 des Grundgesetzes (GG) und des Art. 107 der Bayerischen Verfassung (BV) das sog. Burkini-Verbot im Hallenbad der Stadt Neutraubling als rechtswidrig erwiesen und wenn ja, hat das Landratsamt Regensburg als Rechtsaufsichtsbehörde über die Stadt Neutraubling gemäß Art. 112 Satz 1 der Gemeindeordnung (GO) die Verfügung der Stadt beanstandet?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von heimlich in Gerichtsverhandlungen angefertigten Bild- und Tonaufnahmen sind ihr bekannt, in wie vielen Fällen wurden solche Aufnahmen später unter Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Verfahrensbeteiligten im Internet verbreitet und inwieweit wird durch heimliche Bild- und Tonaufnahmen in Gerichtsverhandlungen die Rechts- und Wahrheitsfindung beeinträchtigt?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausbildungsverträge wurden seit Einführung der sogenannten 3+2-Regelung zwischen Arbeitgeber und Flüchtlingen in Bayern geschlossen (bitte aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten), wie viele angestrebte Ausbildungsverträge sind vonseiten der Ausländerbehörden nicht genehmigt worden (bitte aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten sowie behördlicher Begründung), und wie viele bereits genehmigte Ausbildungsverträge wurden in dieser Zeit vonseiten der Ausländerbehörden nachträglich aufgehoben (bitte aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Da die Antwort auf meine Anfrage zum Plenum vom 14. März 2017 (Drs. 17/16027) bezüglich der Fragen zur Sanierung der nördlichen Fassade des Neuen Schlosses Pappenheim ungenügend war und der darin vorgebrachte Verweis auf die Antwort der Staatsregierung vom 22. Dezember zu meiner Schriftlichen Anfrage betreffend „Sanierung Neues Schloss Pappenheim“ (keine Drucklegung) bei der Beantwortung der Fragen Nr. 1.2 und 1.3 ebenso wenig aufschlussreich ist, frage ich die Staatsregierung, ob die Sanierung der nördlichen, also altmühlseitigen Fassade des Neuen Schlosses Pappenheim Teil der ursprünglichen Sanierungsplanung war, welche Teile der nördlichen, also altmühlseitigen Fassade des Neuen Schlosses Pappenheim saniert werden sollten (bitte einzelne Maßnahmedetails aufführen) und welche Teile der nördlichen, also altmühlseitigen Fassade des Neuen Schlosses Pappenheim im Bewilligungszeitraum tatsächlich saniert worden sind (bitte einzelne Maßnahmedetails aufführen)?

Katharina Schulze
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankengesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger All-

gemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit sei aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Ebersberg und Erding die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Zusammenhang mit der kürzlich aufgenommenen Tätigkeit von Herrn E. H. für die NOVOMATIK-Gruppe und der im „Münchner Merkur“ zu seiner Verabschiedung als Präsident der Staatlichen Lotterieverwaltung am 28. Juni 2016 getätigten Aussage, er sei ein Gegner privater Glücksspielanbieter und überzeugt, dass sie die Menschen in die Spielsucht treiben und außerdem nichts für das Gemeinwohl tun, frage ich die Staatsregierung, ob sie vorab über seine neue Tätigkeit informiert wurde, ob sie dieser zustimmte und ob es im Dienstrecht Karenzzeitregelungen für branchennahe Tätigkeiten nach der Pensionierung gibt, die auf den Fall E. H. zutreffen?

Gisela Sengl
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener Land, Mühldorf am Inn und Traunstein die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen bayerischen Krankenhäusern gibt es eine Weaning-Abteilung mit jeweils wie vielen Plätzen und hält die Staatsregierung das Angebot für ausreichend angesichts der Tatsache, dass nach Expertenmeinung ein Großteil der Patientinnen und Patienten in Heimbeatmung durch professionelle Angebote entwöhnt werden könnte?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, besteht die Vereinbarung zwischen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Kirchen vom Februar 2015, die in durch Härtefall begründeten Fällen eine zwischen Kirche und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gesteuerte, lösungsorientierte Einzelfallprüfung ermöglichen soll, in gleicher Weise fort und welche Konsequenzen hat diese ggf. im

Rahmen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren gegen Pfarrerinnen bzw. Pfarrer, Ordensleute, Pastoral- und Gemeindeferentinnen bzw. -referenten?

Rosi Steinberger
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshilfestation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigebblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen in den Landkreisen Deggendorf, Dingolfing-Landau, Freyung-Grafenau, Kelheim, Landshut, Passau, Regen, Rottal-Inn und Straubing-Bogen die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele und welche Funktionsstellen (bezogen auf die einzelnen Schularten und die einzelnen Regierungsbezirke bzw. Bezirke der Ministerialbeauftragten) mussten in den Schuljahren 2015/2016 und 2014/2015 mehr als einmal ausgeschrieben werden, da keine oder nicht genügend Bewerbungen eingegangen sind?

Reinhold Strobl
(SPD)

Hinsichtlich der Belastung für Grund- und Mittelschullehrkräfte aufgrund der neuen Aufgaben – die Beschulung von Flüchtlingskindern und die höhere Betreuungsleistung im Rahmen der Inklusion – und vor dem Hintergrund, dass die Mobile Reserve schon lange ausgeschöpft ist und deshalb die Lehrkräfte der Schule selbst den Hauptteil der Stundenvertretungen übernehmen müssen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Lehrerstunden im Grund- und Mittelschulbereich (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) nicht von ausgebildeten Grund- und Mittelschullehrkräften gehalten werden bzw. wie viele Realschul- und Gymnasiallehrkräfte in der Nachqualifizierung bereits volle Unterrichtsverpflichtung haben und als „richtige“ Mittelschullehrkräfte arbeiten, es aber de facto noch nicht sind und wie viele Lehrerstunden in den einzelnen Regierungsbezirken gänzlich unbesetzt sind?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2015/2016 die 4. Klassen der Grundschulen in Bayern und wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen im Schuljahr 2016/2017 die 4. Klassen der Grundschulen in Bayern (bitte für den Freistaat Bayern, die Regierungsbezirke und die Landkreise und kreisfreien Städte gesondert ausweisen)?

Martin Stümpfig
(GRU)

Nachdem der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. November 2016 mit der Aussage „In Bayern kann man in der Regel innerhalb von 20 Minuten eine Geburtshil-

festation erreichen“ zitiert wurde sowie die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, im Interview mit dem „Allgäuer Anzeigblatt“ vom 20. März 2017 darauf verwies, „(...) dass in Bayern jede werdende Mutter innerhalb einer zumutbaren Zeit eine Geburtsstation erreichen kann“ und damit aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege die Geburtshilfe landesweit gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, von welchen Kommunen und Ortschaften mit über 100 Einwohner in den Landkreisen Ansbach, Neustadt an der Aisch und Weißenburg-Gunzenhausen die nächstgelegene Geburtshilfestation mehr als 20 Minuten Pkw-Fahrtzeit entfernt ist?

Arif Tasdelen
(SPD)

Angesichts der angekündigten Wiederaufnahme des 10.000-Häuser-Programms des Freistaates Bayern frage ich die Staatsregierung, wann genau das Programm wieder aufgenommen werden soll, welches Volumen dafür bereitgestellt wird und ob sich Änderungen bei den Fördervoraussetzungen ergeben?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Verbändeanhörung bei der Staatsregierung zu ihrem Gesetzentwurf über Verbote der Gesichtshüllung in Bayern abgeschlossen und welche Stellungnahmen haben der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag zu der im Gesetzentwurf enthaltenen Fassung des Art. 23b des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG) in der Verbändeanhörung bei der Staatsregierung und mit welchem genauen Wortlaut abgegeben?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die Möglichkeit einer Genehmigung einer zusätzlichen Anschlussstelle für die Weiterführung der Ostumgehung Regensburg an der Bundesstraße B 16 zwischen den beiden bereits bestehenden Anschlussstellen Haslbach und Gonnersdorf ein?

Herbert Woerlein
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass laut eines Presseberichts in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 23. März 2017 40 Prozent der für Asylsuchende angemieteten dezentralen Unterkünfte in Schwaben nicht genutzt seien, frage ich die Staatsregierung, um welche Unterkünfte handelt es sich dabei genau (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen und Trägerschaft), unter welchen Umständen besteht die Möglichkeit anerkannte Flüchtlinge, die als Fehlbeleger in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften geduldet werden, in diesen nicht genutzten Unterkünften, soweit es sich um Wohnungen handelt, unterzubringen und wie beurteilt die Staatsregierung die Notwendigkeit der Schaffung von neuem Wohnraum für Fehlbeleger in Schwaben?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Informationen zu wiederholter homophober Gewalt im Münchner Club Gecko am Maximiliansplatz vorliegen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen sie plant, dagegen vorzugehen?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Anlässlich des Schreibens der Bürgerinitiative Walpertskirchener Spange e.V. vom 13. Februar 2017, welches auch Ministerpräsident Horst Seehofer, dem Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister

Dr. Marcel Huber, und der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, Ulrike Scharf, zugesendet wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie es bewertet, dass der Nordeinschleifung nach Erding mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,05 der Vorzug gegenüber der Südschleife mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,17 gegeben wurde, wie die Staatsregierung die beiden von der Bürgerinitiative vorgeschlagenen Alternativen einer Markt-Schwabener-Kurve oder einer Teilabkopplung fachlich einschätzt und ob die vorgeschlagenen Alternativen in die Planungen zur Walpertskirchener Spange mit einfließen?